

Concours franco-allemand

EPREUVE D'ALLEMAND

Jeudi 17 avril 2016

13h30 à 18h00
(durée conseillée : 1h30)

Coeff.2

Ce sujet est composé de 3 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

[Aucun document autorisé]

CDU – EINE VOLKSPARTEI FÜRCHTET DAS VOLK: Schaffen die das?

Wähler wenden sich von der Kanzlerin ab, Bürgermeister schreiben Protestbriefe nach Berlin, treue Anhänger der Union geben auf. Wer hält noch zu Angela Merkel? Reise durch die Zitterpartei CDU
Von [Nadine Ahr](#), [Amrai Coen](#), [Matthias Geis](#), [Tina Hildebrandt](#), [Henning Sußebach](#) und [Stefan Willeke](#)
5. März 2016 DIE ZEIT Nr. 11/2016

Der heute 47-jährige Lutz Meyer, Chef der Berliner Werbeagentur Blumberry, wurde 2013 von der CDU-Führung engagiert, um die Themen des Wahlkampfes zu entwickeln. Dachte er an die CDU, kam ihm ein Möbelhaus in den Sinn, Ikea. Er sprach von "einer Art **Ikeaisierung** der Partei" und meinte damit: Die CDU ist für eine breite Mehrheit der Bevölkerung einladend. Wem das Regal Billy zu einfallslos ist, der fühlt sich vielleicht auf dem Schlafsofa Friheten wohl. Die Volkspartei – so sah er das damals – war unschlagbar geworden, weil sie nicht mehr nur konservative oder christliche Werte symbolisierte, sondern auch die Partei der Großstädte geworden war. Die CDU stand für die Abkehr von der Atomkraft, sie hatte weibliche Minister, vielleicht würde sie irgendwann sogar ein Forum der digitalen Welt werden.

[...] Seit Merkel die CDU übernahm, hat sie die Vorstellungen ihrer Partei an die neuen Mehrheitsverhältnisse im Land angepasst, nicht ruckartig, sondern allmählich und vorsichtig. Die Union habe den Anschluss an die Realität verloren – so erklärte Merkel den Machtverlust Helmut Kohls im Jahr 1998. Jetzt versuchte sie, neue Brücken in die Gesellschaft zu schlagen.

Merkel richtete das Familienbild der Union an den Bedürfnissen berufstätiger Frauen aus. Sie gewann die Partei für eine entspanntere Sicht auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft, sie verabschiedete sich von der Wehrpflicht. Als die Partei zuließ, dass homosexuelle Partnerschaften der traditionellen Ehe weitgehend gleichgestellt wurden, fiel das kaum noch auf.

So wurde die Union nahbar für Wähler, die zuvor in unerreichbarer Ferne gewesen waren. Merkel gewann Milieus für die CDU, die zuvor sozialdemokratisch gewählt hatten oder grün. [...] Das neue Design der CDU war geprägt von der Farbe Orange. [...] Das staatsmännische CDU-Blau verschwand nie ganz von den Plakaten, doch Meyer drängte es in den Hintergrund. Meyer war früher mal Mitglied der SPD, er schlendert lässig durchs Büro, trägt sein Hemd ohne Krawatte, reißt gern ein paar Witze. Er ist ein bisschen so, wie man sich immer eine runderneuerte Union vorgestellt hat. Das Orange wurde Meyers Farbe: weil es auch im Milieu der Roten noch zieht und den Willen zur gesellschaftlichen Integration ausstrahlt. Befragt man Meyer heute nach seiner Farbenlehre, sagt er: "Man müsste wohl das Blau wieder stärken. Die Zeiten sind nicht mehr so orange."

Was die Kanzlerin ihrer Partei mit der Politik grenzenloser Solidarität gegenüber den Flüchtlingen abverlangt, ist die Zertrümmerung dessen, was vom Konservatismus der Union noch übrig war. Die Partei, die bis vor wenigen Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft kompromisslos von der Abstammung eines Menschen abhängig machte, jene Partei, die sich trotz düsterer demografischer Aussichten und jahrzehntelanger Zuwanderung an die Idee klammerte, Deutschland sei kein Einwanderungsland, erlebt jetzt etwas ganz und gar Ungeheuerliches: Die Kanzlerin erklärt die massenhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus einem fremden Kulturkreis zu ihrer Politik.

Was für Merkel eine neue Realität ist, ist für die Union der Ausnahmezustand. Merkels Botschaft lautet: Es wird nie mehr so, wie es früher einmal war. Früher, das war, als die Weltkrisen sich noch im Fernsehen abspielten und Deutschland nicht direkt betrafen. Für jene Teile der CDU, die an Traditionen und überschaubaren Verhältnissen hängen, bricht heute ein Weltbild zusammen. Merkel aber orientiert sich längst nicht mehr an irgendeinem CDU-Landesverband, sondern an Europa. Das Fremdeln der CDU

mit ihrer Vorsitzenden ist deshalb keines dieser Probleme, die man gern zu Kommunikationsproblemen herunterspielt, sondern ein Symptom. Die Parteivorsitzende hebt ab, die Partei schaut ihr verwundert hinterher. Und die Entfernung wächst und wächst.

I-FRAGEN ZUM TEXT (8 Punkte)

Antworten Sie in einigen (2 – 6) Sätzen auf die folgenden Fragen! **Sie dürfen aber nicht ganze Sätze zitieren oder abschreiben.**

- 1) Was bedeutet die „Ikeaisierung“ der CDU? (2 Punkte)
- 2) Nennen Sie sechs Beispiele für eine Modernisierung der CDU (2 Punkte)
- 3) Was motiviert Angela Merkel bei ihrer Reformpolitik? (2 Punkte)
- 4) Nennen Sie 3 Beispiele für die traditionellen Werte der CDU (2 Punkte)

II-SYNONYME (4 Punkte)

Finden Sie **das Synonym aus dem Text**, das zu jeder der folgenden 8 Definitionen passt! Diese sind in der Reihenfolge aufgelistet, wie sie im Text vorkommen.

- 1) beschränkt, an Fantasie mangeln
- 2) eines Tages,
- 3) Wünsche, Forderungen, Erfordernisse
- 4) bewilligen, genehmigen
- 5) locker, entkrampft, lässig
- 6) Herkunft
- 7) eine völlig ungewöhnliche, von der Norm abweichende Situation
- 8) übersichtlich, einfach

III-SCHRIFTLICHER AUSDRUCK (8 Punkte)

Welche Maßnahmen halten Sie für die besten, um auf die Flüchtlingskrise zu reagieren?

Schreiben Sie einen Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%).



CONCOURS D'ENTREE EN 1^{ère} ANNEE

CURSUS FRANCO-ALLEMAND

Jeudi 17 mars 2016

QUESTIONS CONTEMPORAINES

9h00 – 12h

Durée : 3h

Le candidat ne traitera qu'un seul sujet.

Sujet au choix du candidat :

Sujet 1 : Education et liberté ?

Ou

Sujet 2 : La démocratie a-t-elle encore un avenir ?

INSTITUT D'ÉTUDES POLITIQUES D'AIX-EN-PROVENCE
25, rue Gaston de Saporta - 13625 Aix-en-Provence Cedex 1 - Tél. : 04 42 17 01 60 - Fax : 04 42 96 36 99
www.sciencespo-aix.fr

UNE GRANDE ÉCOLE EN PROVENCE



CONCOURS D'ENTREE EN 1^{ère} ANNEE
CURSUS FRANCO-ALLEMAND

Jeudi 17 mars 2016

HISTOIRE

13H30-18H

Durée conseillée : 3h

Sujet : Affirmation et contestations de la puissance
américaine depuis 1945

Oral cursus franco-allemand mars 2016

Récapitulatif des textes

1	Lisa Rüffer Helm ab!, Der Freitag, Ausgabe 3315 23.09.2015
2	Bibliothek der Zukunft Und wo sind hier die Bücher?, von Simon Strauss, Aarhus, FAZ, 03.10.2015
3	Globalisierung: Comeback der Grenzen Von <u>Mark Schieritz</u> 4. März 2016 DIE ZEIT Nr. 11/2016
4	Angela Merkel: Worte gegen die Wut Von <u>Matthias Geis</u> DIE ZEIT 23. Oktober 2015
5	Europäische Wirtschaftspolitik
6	Tübingens grüner Grenzer
7	Medienwandel : "Lügenpresse?"
8	Muslimen : Das Ende der Arroganz
9	Angela Merkel, Die stille Königin,
10	Jubiläumjahr 2015 Geschichte ohne Tiefgang
11	Die direkte Demokratie ist in aller Munde
12	Direkte Demokratie - Die laute und die stille Revolution der Volksrechte
13	Der Philosoph Slavoj Žižek im Gespräch: «Liberal? Gott bewahre!
14	Viele in Europa halten Merkels Flüchtlingspolitik für verrückt
15	Kommentar Notstand in Frankreich - Auf dem Weg zum Polizeistaat, taz, 28. 1. 2016
16	Schulbücher sollen die Zuwanderung preisen, Die Welt
17	Fragen zur Migration - Was, wenn alle Grenzen offen wären?
18	Rhetorik : Blind in den Krieg, Zeitonline
19	Umfrage zum Israel-Bild - Viele Deutsche wollen Schlussstrich unter NS-Vergangenheit
20	Historiker Michael Wolffsohn im Interview Deutschland und Israel - fremde Freunde

1) Lisa Rüffer Helm ab!, Der Freitag, Ausgabe 3315 | 23.09.2015

Sichere Gesellschaften fürchten sich gern vor allem Möglichen. Und sie versuchen, auch noch die letzten Alltagsrisiken zu eliminieren. Mit fatalen Folgen

[...] Markus Ehler denkt sich Versicherungen aus. [...]. Er ist Abteilungsleiter eines großen deutschen Versicherers. Seit 20 Jahren ist er in der Branche tätig. Um klarzumachen, dass er deren Entwicklung skeptisch sieht, erzählt er eine Geschichte: In den 50er Jahren steht der Chef eines großen Familienunternehmens vor der Entscheidung, eine große Investition zu tätigen. Kauft er die von der Insolvenz bedrohte Firma des Konkurrenten auf, ist das ein finanzielles Risiko. Tut er es nicht, steht seine eigene Firma vielleicht bald selbst vor der Insolvenz. Er könnte zu zaghaft investieren und Marktanteile an die Konkurrenz verlieren. Egal, wie er sich entscheidet, der Unternehmer geht ein Risiko ein. Er begibt sich in Gefahr.

Heute hätte dieses Unternehmen einen Manager, der für solche Entscheidungen verantwortlich ist. Und für diesen hätte es eine „Directors-&-Officers-Versicherung“ abgeschlossen, auch Managerversicherung genannt. Würde dem Unternehmen durch eine Fehlentscheidung ein finanzieller Schaden entstehen, wäre der Verantwortliche durch die Haftpflichtversicherung abgesichert. „An den Unternehmen sieht man, dass die Bereitschaft sinkt, in die Eigenverantwortung zu gehen“, sagt Ehler.

[...]Die soziale Verantwortung, die der Unternehmer vor fünfzig Jahren seinen Mitarbeitern gegenüber hatte, rückt vom Manager weg. Es gibt für Letzteren keinen unmittelbaren Anlass zur Empathie, wenn er die Folgen seines Handelns nicht mehr selbst trägt.

[...]Diese Haltung des Aus-der-Verantwortung-Tretens weitet sich auf viele Bereiche der Gesellschaft aus. Wenn Sicherheit zum kollektiven Leitbild wird, ist der Einzelne weniger gewillt, ein Risiko einzugehen – und Verantwortung zu übernehmen.

2) **Bibliothek der Zukunft Und wo sind hier die Bücher?**, von Simon Strauss, Aarhus, FAZ, 03.10.2015

Die öffentliche Bibliothek erfährt gerade eine gewaltige Transformation von der altehrwürdigen Bildungsstätte zum multiplen Kultur- und Veranstaltungsort. Im dänischen Aarhus kann man die Zukunft schon besichtigen.

Das „dänische Modell“ der Bibliothekstransformation bedeutet eine Redefinition ihrer Rolle als ein „community center“ und wird von ihren Befürwortern als ein Beispiel für den Paradigmenwechsel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die Bibliothek wird dabei von einer Ausleihstation zum sozialen Servicebereich. [...] . Allerdings ist im „dänischen Modell“ die Bibliothek ja eben gerade kein Hort des kulturellen Gedächtnisses mehr. Jedes Buch, das zwei Jahre lang nicht ausgeliehen worden sei, werde ausgesondert, erklärt Manager Schulz, man wolle schließlich kein „Museum“ sein und könne den freiwerdenden Platz gut für Familienaktivitäten brauchen.

So redet heute der Leiter einer europäischen „Avantgarde-Bibliothek“. Natürlich provoziert er absichtlich und gefällt sich in der Rolle des radikalen Neuerers, aber im Kern stellt sein Konzept in der Tat einen drastischen Widerspruch zur traditionellen Rolle von Bibliotheken dar – und auch zum bisherigen Berufsbild der Bibliothekare. Denn während diese bisher mitunter noch den Typus des introvertierten Enzyklopädisten verkörpern durften, der in der Literaturgeschichte wohnte wie andere in Einfamilienhäusern, braucht es im „community center“ von Knud Schulz ganz andere Charaktere. Nämlich kommunikative Organisatoren mit sozialen und technischen Kompetenzen, die sich als flexible Dienstleister verstehen. Leseleidenschaft jedenfalls ist dabei keine Berufsvoraussetzung mehr.

Fast alle öffentlichen Bibliotheken Dänemarks haben sich offenbar ohne besondere Sentimentalität von ihrem traditionellen Rollenbild verabschiedet und auf die hastige Suche nach einer neuen, „zeitgemäßen“ Identität begeben, um attraktiv zu bleiben. Sie verleihen immer mehr digitale Medien, kooperieren mit lokalen Vereinen und versuchen über soziale Netzwerke auf sich aufmerksam zu machen.

Müsste nicht die Bibliothek der Zukunft ein Ort sein, der sich selbstbewusst von anderen unterscheidet, der darauf vertraut, dass die unmittelbare Begegnung mit dem gedruckten Buch (nicht nur, aber besonders) für Kinder gerade dadurch wieder ein Erlebnis wird, weil sonst schon so viel hinter dem allgegenwärtigen Display passiert? Wie viele Aufsteigerkarrieren haben schon in der Stadtbibliothek begonnen, wie viele Kinder aus bildungsfernen Haushalten haben hier Blut geleckt, angefangen, mehr wissen, mehr lesen zu wollen?

3) Globalisierung: Comeback der Grenzen Von Mark Schieritz 4. März 2016 DIE ZEIT Nr. 11/2016,

Mauern und Zäune kosten Wohlstand, so argumentieren Ökonomen seit Jahrhunderten. Jetzt ändern sie ihre Meinung.

Von einem kleinen Universitätsbüro in Cambridge aus bereitet David Autor die Weltrevolution vor. Autor ist Wirtschaftsprofessor am renommierten Massachusetts Institute of Technology, und er hat kürzlich eine Untersuchung veröffentlicht, deren Ergebnis mehr als 200 Jahre Wirtschaftsgeschichte auf den Kopf zu stellen scheint: Es kann sich rechnen, Zäune hochzuziehen und Mauern zu bauen.

[...] Noch vor wenigen Jahren hat sich kaum ein Ökonom von Rang diese Frage gestellt. Die Vertreter der Zunft verstanden sich – seit Adam Smith im 18. Jahrhundert die modernen Wirtschaftswissenschaften begründete – als Anwälte offener Grenzen. Das Argument: Wenn Waren, Arbeit und Kapital möglichst ungehindert zirkulieren können, dann hebt das den allgemeinen Wohlstand, weil jedes Land seine Stärken ausspielen kann. [...]

Tatsächlich hat die Globalisierung vielen Menschen in Asien und Lateinamerika erheblichen Wohlstand gebracht. Zwischen 1990 und 2015 ist der Anteil derjenigen, die nach Definition der Weltbank in absoluter Armut leben, von 37 auf weniger als 10 Prozent der Weltbevölkerung gesunken. [...] Global betrachtet ist die Schere zwischen Reich und Arm in den vergangenen Jahren nicht auseinandergegangen: Sie hat sich geschlossen.

Den Preis dafür allerdings haben – so David Autor – die Beschäftigten in den Industrienationen bezahlt. [...] . Laut Autor sind durch den Aufstieg Chinas in den USA nach der Jahrtausendwende etwa 2,4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet worden. In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wie dem Mittleren Westen mussten Arbeitnehmer dabei zum Teil erhebliche Gehaltseinbußen hinnehmen und waren über Jahre hinweg auf staatliche Unterstützung angewiesen.

War die Öffnung der Grenzen also ein historischer Fehler, der schnellstmöglich rückgängig gemacht werden sollte, wie es linke und rechte Globalisierungskritiker fordern? So einfach ist die Sache nicht. Auch Skeptiker wie David Autor zweifeln nicht daran, dass freie Märkte die Welt reicher gemacht haben. Sie warnen aber davor, die Nachteile dieser Entwicklung zu verschweigen. Es gibt, wie es Clemens Fuest, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung formuliert, so etwas wie eine "optimale Grenzöffnung".

[...] Auf Dauer werden sich offene Grenzen nur durchsetzen lassen, wenn die Politik dafür sorgt, dass die Globalisierungsgewinne nicht nur einer Minderheit zugutekommen.

4) **Angela Merkel: Worte gegen die Wut Von Matthias Geis DIE ZEIT 23. Oktober 2015**

Sie wirbt und wirbt und wirbt – mit offenem Ausgang. Angela Merkels Ringen um die CDU ist ihr bislang härtester Kampf.

So etwas hat Angela Merkel noch nicht erlebt. Nicht seit sie Kanzlerin ist. Nicht mit ihrer Partei; nicht mit der deutschen Öffentlichkeit. Widerspruch ist sie gewohnt; seit der Bankenkrise; dem Atomausstieg und der Euro-Rettung. Aber das Maß an Unverständnis; ja Verstörung; das ihr jetzt entgegenschlägt; ist neu. Genau wie die Anstrengungen; die sie unternimmt; auf Parteikonferenzen oder in großen Interviews den Deutschen ihre Politik und das Ende der Normalität zu erklären: ferne Krisen; die zu unseren werden; Grenzen; die nicht mehr funktionieren; ein Flüchtlingsstrom; dessen Ende nicht absehbar ist.

Von einer "Regierung; die die Kontrolle verloren" habe; erfährt die Kanzlerin derzeit auf den Basisversammlungen ihrer Partei; von "einem Staat; der kapituliert"; von Bürgern; die Merkels Krisen-Credo "Wir schaffen das" nicht mehr hören können.

Die Schärfe solcher Kritik; die mittlerweile auch in der Bundestagsfraktion Anhänger findet; bedeutet nicht; dass die Partei schon dabei wäre; mit ihrer Vorsitzenden zu brechen. Nimmt man die jüngsten Parteiversammlungen in Wuppertal; Stade und Schkeuditz als Maßstab; stößt Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik bei etwa einem Drittel ihrer Partei auf rabiate Ablehnung. Ein Drittel hofft; dass sie ihre Linie korrigiert oder die Lage sich irgendwie normalisiert. Ein Drittel verbreitet Zuversicht und steht rückhaltlos zur Vorsitzenden. Doch alles ist im Fluss.

Ungeteilten Beifall aus der Partei bekommt die Kanzlerin derzeit nur; wenn sie Forderungen an die Flüchtlinge richtet; wenn sie "unsere Regeln" zum Maßstab des Zusammenlebens macht oder verspricht; dass künftig konsequenter abgeschoben wird; wer kein Bleiberecht hat. Aber das sind eher kleinere taktische Ausfallschritte; um all denen ein wenig Nähe zu vermitteln; die sich von Merkels Politik im Stich gelassen fühlen. Die mit ihrer großen Sicht auf die Welt nichts anfangen können; in der Globalisierung nicht nur gute Geschäfte für deutsche Firmen; sondern eben auch durchlässige Grenzen bedeutet: für Waren; Informationen und für Menschen. Unter solchen Bedingungen; wirbt Merkel um Verständnis; löst Kriege wie der in Syrien Fluchtbewegungen aus; denen Europa mit Abschottung (un repli sur soi-même) nicht beikommen werde.

5) Europäische Wirtschaftspolitik

Berlin sollte stärker nach London schauen, Kommentar von Michael Rasch, Neue Züricher Zeitung, 17. 2. 2016

Die Betonung der deutsch-französischen Freundschaft und die Sonderrolle der Briten haben dazu geführt, dass sich Berlin wirtschaftlich zu sehr nach Paris richtet. Es ist Zeit für eine Neuorientierung.

Nach etlichen erbitterten Schlachten, die im Zweiten Weltkrieg gipfelten, ist die deutsch-französische Freundschaft gewachsen. Sie ist Basis und Motor der europäischen Einigung und Integration. Auch die jüngsten Krisen der EU und vor allem der Euro-Zone sind nicht handhabbar gewesen, ohne dass Deutschland und Frankreich zumindest einigermaßen am gleichen Strang gezogen und eine gemeinsame «Lösung» gefunden hätten. Das Zusammenspiel ist jedoch oft äusserst schwierig, denn wirtschaftspolitisch herrschen dies- und jenseits des Rheins sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Sollte sich Berlin in Wirtschaftsfragen deshalb nicht vielmehr auf London besinnen, anstatt die deutsch-französische Liaison zur Raison d'être zu erheben? In Europa gibt es letztlich, vereinfacht gesagt, zwei wirtschaftspolitische Lager. Auf der einen Seite stehen jene Länder, die einen marktwirtschaftlichen Ansatz verfolgen und auf Unternehmertum setzen. Sie wollen mit Strukturreformen die Wettbewerbsfähigkeit ständig verbessern und so eine starke Stellung in einer globalisierten Welt festigen und ausbauen.

Grossbritannien und Deutschland sind in diesem Lager die wichtigsten Wortführer. Auf der anderen Seite stehen jene Länder, die den Etatismus gegenüber dem Unternehmertum bevorzugen sowie von staatlichen Interventionen und Investitionen beseelt sind. An der Spitze dieses «Club Med» thronen Frankreich und Italien. Mit anderen Worten stehen sich im Kern deutscher Föderalismus und Dezentralismus sowie französischer Dirigismus und Zentralismus gegenüber. Grossbritannien ist mit seinem Wirtschaftssystem und dem Liberalismus englischer Prägung den Deutschen und dem deutschen Ordoliberalismus viel näher als Frankreichs Staatswirtschaft. Das spiegelt sich auch in einer recht niedrigen Staatsquote in Deutschland und Grossbritannien von jeweils rund 44 Prozent und einer überbordenden Staatsquote in Frankreich von gut 57 Prozent.

[...] Der natürliche Verbündete ist Grossbritannien mit seinen offenen Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkten, der Tradition des Welthandels sowie der Präferenz für Individuum und Selbstverantwortung. Fast alle Londoner Forderungen an die EU, die diese Woche auf dem Gipfel diskutiert werden, sind auch im wirtschaftspolitischen Interesse Berlins (etwa Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Abbau der Bürokratie, Beibehaltung politischer Souveränität, Migration von Arbeitskräften, aber keine ungebremste Einwanderung ins Sozialsystem).

In diesem Sinne wäre ein Brexit, also der Austritt Grossbritanniens aus der EU, auch eine Katastrophe für Deutschland.

6) Tübingens grüner Grenzer - Eine Kolumne von Mely Kiyak , Die Zeit, 17. Februar 2016

Inzwischen haben es die Letzten begriffen: Mit Rechtspopulismus kann man die Welt wieder in alten Bildern beschreiben. Nun also Boris Palmer.

Im Grunde genommen hat sich ein deutscher Politiker, der diesen Satz sagt, ein für alle Mal diskreditiert: *Spätestens seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln kommen selbst grüne Professoren zu mir, die sagen: Ich habe zwei blonde Töchter, ich Sorge mich, wenn jetzt 60 arabische Männer in 200 Meter Entfernung wohnen.*

Wer auf so einen Unsinn keine entschiedene Antwort zu geben weiß, der ist eigentlich für alles verloren, was wir Aufklärung, Bildung und Wissensgesellschaft nennen. Einen deutschen Mann, der Angst um seine blonden Frauen hat, weil Araber in der Nähe wohnen, den hätte Boris Palmer, grüner Bürgermeister aus Tübingen, in seinem *Spiegel*-Interview nicht einfach nur zitieren dürfen, sondern er hätte ergänzen müssen, wie er zu so einem Müll steht, den man bislang nur aus rechtsradikalen Kreisen hörte. Vielleicht ein Satz, der in diese Richtung geht:

"Ich habe den Redner entschieden zur Raison gerufen, weil ich Rassismus im 21. Jahrhundert in Deutschland nicht toleriere."

Aber Boris Palmer tut in diesen Tagen etwas, was viele Politiker, die sich vor der Landtagswahl befinden, auch tun. Sie profilieren sich auf Kosten der Bundeskanzlerin, aber mehr noch, auf den Rücken Tausender Flüchtlinge, um in einer völlig risikofreien Atmosphäre, menschenfeindliche Ressentiments gegen Gruppen zu äußern. Es hilft ihnen an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben. [...]

In diesem Interview, sagte Boris Palmer übrigens exakt das, was reaktionäre Politiker dieser Tage auch fordern, "unkontrollierte Einwanderung stoppen", "Grenzen sichern", blabla... Spektakulär war lediglich, dass es ein Grüner sagte. Es ist müßig jedes Mal wieder zu erklären, dass es einen Unterschied zwischen Flucht und Einwanderung gibt. Wer in ein anderes Land einwandern will, der kündigt den Telefonanschluss und übergibt dem Vermieter die Wohnung sauber. Wer flieht, weil Bomben fallen, läuft weg. Bei Flucht handelt es sich also grundsätzlich um einen Zustand außerhalb der Ordnung. [...] Das Wesen der Flucht enthält das Chaos. [...]. Wem als Lösung dafür die Grenzschließung einfällt, der hilft den Flüchtlingen nicht mehr. Und das wiederum hat zur Konsequenz, dass man mit den Kriegsparteien und den Fluchtverursachern kollaboriert. Man lässt die hilfsbedürftigen Menschen im Stich.

7) Medienwandel : "Lügenpresse? Pfeift doch drauf!" (1)

Die Leiterin der Hamburg-Seiten, Charlotte Parnack (33), und der ehemalige Chefredakteur Theo Sommer (85) streiten über die gewandelten Sitten in der ZEIT-Redaktion, die Mutlosigkeit der Jungen und die Arroganz der Alten.

Interview: Sabine Rückert und Stefan Willeke

16. Februar 2016 DIE ZEIT Nr. 8/2016, 15. Februar 2016

Sommer: Ich glaube, die Grundhaltung. Es gibt eine Haltung der *ZEIT*, und die ist immer diese gewesen: Wir sind gegen den Obrigkeitsstaat, wir haben gegen Überwachung und gegen das Abhören von Telefonaten protestiert, wir waren immer gegen Gewalt. Wir waren für Frauenrechte, für Einwanderung, die doppelte Staatsbürgerschaft. Und wo es um die Außenpolitik ging, Balkankriege, Afghanistan et cetera, da hat die *ZEIT* eigentlich immer die Haltung vertreten: Wir dürfen keine feigen Drückeberger sein, aber auch keine tumben Draufgänger. Würden Sie all das noch als heutige Grundhaltung sehen?

Parnack: Im Großen und Ganzen: ja. Die *ZEIT* ist immer noch eine Zeitung der starken Haltungen. Das Blatt ist auch deshalb erfolgreich, weil wir nie krampfhaft versucht haben, zum Nachrichtenblatt zu werden – da ist Online immer schneller. Wir sind bis heute ein Deutungsmedium, das Debatten anstößt und um Standpunkte streitet. Da unterscheiden sich die Redakteure von heute nicht von denen früher. Heute sprechen und schreiben sie nur anders über ihre Haltung.

Sommer: Wo ist der Unterschied?

Parnack: Wir versuchen, auf Augenhöhe mit dem Leser zu schreiben. Sie wollten ihn belehren.

Sommer: Woher wissen Sie das?

Parnack: Das ist mein Eindruck von der Lektüre alter *ZEIT*-Ausgaben.

Sommer: Also, ich glaube, ihr kennt die alte *ZEIT* gar nicht. Ihr habt euch eine Meinung gebildet oder eingebildet, wie wir gewesen sein sollen.

Parnack: Sie selbst haben Ihre Leitartikel oft an bestimmte Minister oder an den Bundeskanzler geschrieben.

Sommer: Oft? Einen einzigen. Bei seinem Amtsantritt an den Kanzler Helmut Schmidt.

Parnack: Ihre Adressaten waren aber nicht gewöhnliche Leser.

Sommer: Natürlich waren sie das. Aber eben nicht nur. Ja wollt ihr denn durch das, was ihr schreibt, nicht auch die Regierungspolitik beeinflussen?

Parnack: Als Journalist kann man versuchen, Politik zu machen oder Politik zu vermitteln. Das eine ist nicht unwichtiger als das andere. Natürlich freuen wir uns über Artikel, die Wirkung zeigen. Aber das ist nicht unser erster Anspruch.

Sommer: Es ist aber ein legitimer Anspruch. Einen wirkungslosen Journalismus will ich nicht – und in der *ZEIT* schon gar nicht!

Parnack: Da sind wir uns einig. Ich will auch keinen wirkungslosen Journalismus. Aber Journalismus wirkt erst, wenn ich den Leser mitnehme.

8) Muslime : Das Ende der Arroganz

Kolonialismus, Interventionen, Krieg gegen den Terror: Die "Realpolitik" des Westens ist gescheitert. Wir müssen unser Verhältnis zu den Muslimen grundlegend ändern.

Von Bernd Ulrich

24. November 2015, DIE ZEIT Nr. 47/2015

Der Westen ist traurig und verzweifelt über die Toten von Paris und zeigt es auch. Das ehrt ihn, das ehrt uns. Der Westen ist auch traurig und verzweifelt darüber, dass er nicht weiß, was er nun tun soll. Das zeigt er nicht, sondern versteckt sich hinter martialischen Gesten. Das ehrt ihn nicht, und es ist gefährlich.

Die Rede ist von Krieg. Aber führen Europäer und Amerikaner nicht schon seit vierzehn Jahren ununterbrochen Krieg im Mittleren Osten? Hat die französische Luftwaffe nicht auch vor dem 13. November schon Bomben geworfen?

Nun soll es ein neues Bündnis mit Russland gegen den IS geben. Aber kämpfen die Russen nicht bereits in Syrien? Und wenn sie bisher nicht gegen den IS, sondern ausschließlich für Assad kämpfen, warum sollten sie das nun ändern?

Der französische Präsident will fortan "gnadenlos" die Terroristen jagen, man kann das verstehen, er ist wütend, und er meint jetzt, Härte zeigen zu müssen. Aber hat Frankreich, hat der Westen irgendwann zu viel Gnade walten lassen in Nordafrika? Sind die Invasionen in Afghanistan und im Irak oder die Intervention in Libyen im Chaos geendet, weil der Westen zu rücksichtsvoll war?

Anders als der Westen hat der IS einen Plan: Er will Europäer, Amerikaner und neuerdings auch Russen zu möglichst massiven Gegenschlägen provozieren, sie alle so tief wie es irgend geht hineinziehen ins Chaos; der IS giert danach, aus der Luft attackiert zu werden, weil er um die Kollateralschäden weiß, die dann entstehen. Und er weiß, dass jeder Kollateralschaden sein Kollateralnutzen ist. Bomben töten Terroristen – und schaffen neue. In dieser Woche berichtete der *Guardian*, dass amerikanische Drohnen in Pakistan oft mehr als zwanzig Mal so viele Menschen töten wie beabsichtigt.

Wenn aber der IS Luftschläge will, wieso sollen dann Luftschläge gegen den IS helfen?

Kurz nach den Attentaten von Paris saß der Westen beim G-20-Gipfel in Antalya zusammen mit dem islamistischen Regime aus Saudi-Arabien, um gemeinsam mit ihm den islamistischen Terror zu bekämpfen. Man kann so etwas Seltsames natürlich versuchen, Islamisten mit Islamisten zu bekämpfen. Allerdings, man probiert es jetzt schon seit Jahrzehnten. Herausgekommen ist erst Al-Kaida, mit dem Saudi Osama bin Laden an der Spitze. Und dann der aus saudischen Quellen mitgenährte "Islamische Staat". Die Brookings Institution hat in diesem Jahr die Zahl der twitternden Unterstützer des IS gezählt. Ergebnis: Die mit sehr weitem Abstand meisten Anhänger des IS kommen aus: Saudi-Arabien.

Wie oft will man noch probieren, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben (le remède est pire que le mal)?

9) Angela Merkel, Die stille Königin, 13. Juni 2015, Sueddeutsche Zeitung

Angela Merkel wurde vor zehn Jahren Bundeskanzlerin und ist heute die mächtigste Frau der Welt. Es ist Zeit, mal genauer zu schauen: Wie geht sie mit dieser Macht um?

Von Evelyn Roll

Gerhard Schröder stand nie in der Tür. Bei ihm musste man in diesem 143-Quadratmeter-Kanzler-Großraum mit Panoramablick über Berlin siebzehn pathetische Schritte gehen bis zu einem beeindruckenden Schreibtisch - 4 Meter lang und 1,30 Meter breit -, hinter dem er unter Georg Baselitz' stürzendem Adler saß und Bundeskanzler war.

Merkel ließ den Macho-Schreibtisch ihres Vorgängers stehen und hing Konrad Adenauer drüber. Aber sie sitzt fast nie dort. Sie arbeitet lieber an einem schmalen Besprechungstisch gleich rechts hinter der Eingangstür. Sie telefoniert nicht gerne mit Sekretärinnen, sagt sie. Sie gehe lieber zu ihnen, wenn sie etwas braucht, oder sie rufe durch die offene Tür.

Schröder hatte den Blick von seinem Schreibtisch-Thron ins Innere des Kanzleramts gerichtet, auf das eigene Machtzentrum also. Er saß mit dem Rücken zum Parlament. Merkel schaut durch das Fenster auf den Reichstag mit seinem Eingangsfries "Dem deutschen Volke". Sie hat das eigene Machtzentrum im Rücken. Damit ist eigentlich schon eine Menge erzählt.

Was Ulrich Beck so sehr schön "Merkiavellismus" nannte, ist ja vor allem dieses Moderieren, Verhandeln, Konsenssuchen. Lieber noch zum 37sten Mal mit Putin telefonieren und sich ärgern als einmal zu wenig. Lieber bis in die Morgenstunden weiter verhandeln in Brüssel, als ohne Ergebnisse auseinanderzugehen.

Natürlich war sie, wie alle, die nicht nur Macht erbeuten, sondern auch lange halten können, von Anfang an Großmeisterin darin, die Verantwortung für Fehler behutsam auf andere umzuleiten und Niederlagen umzudeuten in von ihr gewollte und geplante Aktionen:[...] . Aber noch größer ist sie darin, es für sich zu behalten und nicht aufzutumpfen, wenn umgekehrt sie und also Deutschland sich wieder einmal durchgesetzt hat. Später wird das vielleicht als ihre historische Hauptleistung angesehen werden: dass sie durch ihre moderierende Zurückhaltung den anderen europäischen Ländern erst möglich machte, die neue Führungsrolle Deutschlands nicht nur auszuhalten, sondern geradezu einzufordern.

10) Jubiläumsjahr 2015 Geschichte ohne Tiefgang

Seit Jahren ist in der Schweiz nicht mehr so heftig über die Vergangenheit gestritten worden wie 2015. Doch die Gegenüberstellung von Mythos und Wahrheit verdeckt den Blick auf die relevanten Fragen.

Kommentar von Marc Tribelhorn, Neue Züricher Zeitung, 7.10.2015

[...] 700 Jahre Schlacht am Morgarten, 600 Jahre Eroberung des Aargaus, 500 Jahre Niederlage bei Marignano, 200 Jahre Wiener Kongress oder 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs: Das «Superjubiläumsjahr» 2015 hätte mannigfach Möglichkeiten geboten, darüber zu debattieren, was sich aus dem Vergangenen für die Zukunft lernen lässt. Doch es hat vor allem gezeigt, wie gestört das Verhältnis der Schweizerinnen und Schweizer zu ihrer Geschichte ist.

Politiker betonen wieder einmal, wie wichtig Geschichte sei. Nur wer wisse, wo er herkomme, wisse auch, wohin er gehen solle, ist eine ihrer Plattitüden. Interessant nur, dass gerade das Fach, das den Umgang mit der Vergangenheit lehrt, in der Schule systematisch abgewertet wird. Und dies in Zeiten, in denen Historiker wie Jay Winter in der ganzen westlichen Welt einen «Memory Boom» konstatieren – eine gesellschaftliche Geschichtsversessenheit, die es in dieser Form noch nicht gab.

Die einzige Partei, die hierzulande konsequent auf der Geschichtsklavatur klimpert, ist die SVP. Sie dominiert das vergangenheitspolitische Feld seit einem Vierteljahrhundert fast nach Belieben. Das Geschichtsbild, das sie propagiert, hat eine eigene Suggestivkraft, wurde es doch bis zum Ende des Kalten Krieges in der Schule verbreitet. Es erzählt vom unbedingten Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit, der das Alpenland seit je beseelt habe.

Das Jahr 2015 ist für die Volkspartei denn auch ein Glücksfall. Anhand dreier Daten lässt sich die Schweizer Geschichte als geradliniges Narrativ beschreiben – und das in einem Wahljahr. In der nurmehr von wenigen professionellen Historikern gestützten Lesart der SVP markierte Morgarten den heroischen Abwehrkampf gegen eine fremde Übermacht, die Niederlage in Marignano führte zur Selbstbeschränkung und zu einem bewussten Rückzug aus Europa, am Wiener Kongress wurde schliesslich die Neutralität, die ihren Ursprung auf dem oberitalienischen Schlachtfeld hatte, von den Grossmächten völkerrechtlich anerkannt.

[...] Dass die Verengung der Geschichte, wie sie die SVP und ihre publizistischen Mitstreiter betreiben, wissenschaftlichen Standards nur bedingt genügt, ist zweitrangig. Es geht auch nicht um Geschichtswissenschaft, sondern um Geschichtspolitik, sprich: um Deutungshoheit, um Macht.

SVP : Schweizerische Volkspartei (UDC en français), eine rechtspopulistische Partei

11) **Die direkte Demokratie ist in aller Munde, doch hat die Mehrheit immer recht?** Die Frage ist falsch gestellt. Recht haben ist keine staatspolitische Kategorie.

- **Gastkommentar von René Rhinow, emeritierter Professor für öffentliches Recht**
- 13.5.2015, Neue Züricher Zeitung

Viel ist wieder die Rede von unserer Demokratie, vor allem von der direkten Demokratie, in der die Mehrheit entscheidet. Oft geht dabei aber vergessen, dass zu den Grundwerten unseres Landes auch der Rechtsstaat, das System der Wettbewerbswirtschaft, der Sozialstaat und vor allem der Föderalismus gehören.

Seit der Gründung unseres Bundesstaates 1848 war es üblich, die eigentliche Raison d'Être der Schweiz im föderalistischen Zusammenleben unterschiedlicher Sprach-, Kultur- und Religionsgemeinschaften sowie im Nebeneinander von Stadt und Land, Berg- und Talgebieten zu erblicken. Der identitätsstiftenden direkten Demokratie hingegen kam 1848 keineswegs die Bedeutung zu, wie sie ihr heute beigemessen wird. Der junge Bundesstaat stellte bis 1874 praktisch eine repräsentative Demokratie dar; das Referendum wurde 1874, die Volksinitiative erst 1891 eingeführt.

Nicht selten wird aber unsere Form der Demokratie als die eigentliche Demokratie bezeichnet. Damit werden – bewusst oder unbewusst – die ideelle, die historische und die internationale Entwicklung der demokratischen Staatsform ausgeblendet. Bei uns wie in allen funktionierenden Demokratien der Welt ist die freie Volkswahl repräsentativer Staatsorgane, vor allem des Parlamentes, ein Kernelement der Demokratie: keine Demokratie ohne vom Volk gewählte Volksvertretung und vom Volk oder Parlament gewählte Regierung.

Rund 90 Prozent der in Bern anfallenden politisch relevanten Entscheide sind solche des Parlaments, nicht des Volkes. Damit soll die Bedeutung von Volksinitiative und Referendum keineswegs herabgemindert werden. Doch auch parlamentarische Entscheide und Regierungsentscheide sind demokratische Entscheide, sofern und soweit sie sich verfahrensmässig und inhaltlich auf Verfassung und Gesetz abstützen.

Die Ausgestaltung der Volksrechte als Menschenwerk widerspiegelt das Ringen um eine optimale Verteilung der politischen Verantwortlichkeiten zwischen Volk und Volksvertretung. Einerseits sollen dem Volk die grundlegenden politischen Entscheidungen zustehen und andererseits sachrichtige wie rechtzeitige Entscheidungen im Interesse von Freiheit und Wohlstand ermöglicht werden. Dieses Ringen ist nie abgeschlossen; die Reform der Volksrechte kann einem demokratischen Gebot entsprechen.

Es war ein Grundanliegen unserer Verfassungsväter, die Macht im Interesse der Freiheit zu teilen, alle Macht, auch diejenige des Volkes. Alexis de Tocquevilles Warnung vor einer möglichen Tyrannei des Volkes hat ihre Berechtigung nicht verloren.

12) Direkte Demokratie - Die laute und die stille Revolution der Volksrechte

Der bedeutendste Wandel der direkten Demokratie in der Schweiz liegt in der Internationalisierung ihrer Wirkungen. Wir haben die Tragweite dieses Wandels noch nicht voll erkannt.

- Gastkommentar von Wolf Linder, Neue Züricher Zeitung, 30.11.2015

Zunächst zum Risiko: In der Innenpolitik spielt direkte Demokratie, vereinfacht gesagt, zwischen Regierung und Volk. Hin und wieder sagen die Wähler «Nein» in der Meinung: Diese Vorlage gefällt mir nicht, der Bundesrat soll eine bessere bringen. Und der Wähler kann damit rechnen, dass der Bundesrat tatsächlich eine bessere Vorlage bringt – er ist nämlich faktisch zur Fortsetzung des Dialogs gezwungen. In der Außenpolitik kommt ein dritter Partner dazu, und das verändert die Situation fundamental. Statt einer Zweierbeziehung zwischen Regierung und Volk haben wir eine Triade mit einem Drittpartner.

Wenn die Schweizer Wähler Nein zu einem völkerrechtlichen Vertrag sagen, ist der internationale Partner, anders als der Bundesrat, überhaupt nicht gezwungen, sich auf neue Verhandlungen einzulassen. Das ist unsere derzeitige Situation mit den bilateralen Verträgen mit der EU (1): Wir können sehr wohl in die Verfassung schreiben, der Bundesrat habe die Personenfreizügigkeit (2) neu auszuhandeln. Aber das bleibt toter Buchstabe, wenn Brüssel darüber keine neuen Verhandlungen mit der Schweiz will. Dieses Risiko ist beträchtlich, weil die Schweiz die Bilateralen mehr braucht als die EU, und es kann in die außenpolitische Isolation führen.

Direkte Demokratie in der Außenpolitik bietet aber auch Chancen. Die letzten zwei Jahrzehnte waren geprägt von einer galoppierenden Globalisierung, die wir vor allem in Gestalt der Europäisierung erleben. Sie haben Wirtschaft und Politik mehr verändert als die fünf Jahrzehnte davor. Nur: Globalisierung und Europäisierung haben etwas gemeinsam. Beide schaffen nicht nur Gewinner, sondern eine große, aber heterogene Gruppe von Verlierern. Beide stärken politisch die Exekutive und die internationalen Gerichte, und sie entmachten die nationalen Parlamente.

Globalisierung wie Europäisierung haben ein Demokratiedefizit. Hier bildet die direkte Demokratie ein Gegengift: Jeglicher internationale Vertrag muss den Test des fakultativen oder des obligatorischen Referendums bestehen und damit eine Mehrheit bei den wählenden Bürgern finden. Die Begrenzung der Europapolitik auf die bilateralen Verträge zeigt, dass die Schweizer Bürger der heutigen Hyperglobalisierung nur begrenzt zustimmen mögen. Kein einziges Land, niemand sonst hat die Möglichkeit, im wenig demokratischen Prozess der Globalisierung und Europäisierung seine eigenen Präferenzen so wirksam zum Ausdruck zu bringen wie dank dem Prinzip der Volksabstimmung die Bürger der Schweiz.

1) Die Schweiz ist heute nicht Teil der Europäischen Union hat aber eine Reihe bilateraler Verträge mit dieser abgeschlossen

2) libre circulation

13) **Der Philosoph Slavoj Žižek im Gespräch: «Liberal? Gott bewahre!» NZZ Feuilleton 31/1/2016**
<http://www.nzz.ch/feuilleton/liberalgottbewahre1.18685968> 7/16

[...] In einer Vorlesung an einer renommierten amerikanischen Universität – den Namen verschweige ich wohlweislich – stand plötzlich eine junge schwarze Frau auf und unterbrach mich in der Darlegung meines Arguments. Ich weiss nicht mehr, worum es genau ging, aber das ist auch nicht wichtig. Denn die Frau sagte zu mir bloss: Schauen Sie, ich bin schwarz, ich bin eine Frau, ich bin alleinerziehende Mutter, ich habe Aids – und ich bin mit Ihnen absolut nicht einverstanden, verstanden? Ich war schockiert, als ich feststellte, dass dieses PseudoArgument von den anderen Studenten offensichtlich als begründeter Einwand akzeptiert wurde. Ich stand von da an auf verlorenem Posten. Und mir ging sogleich durch den Kopf: Diese Art der Intervention ist voraufklärerisch (*faire fi de la raison, antédiluvien, obscurantiste*), ja barbarisch – es zählt nicht mehr das Argument und die Vernunft, sondern die Position des Aussagenden und also die Macht, wobei hier Macht eben heisst: Opferstatus, also der Anspruch auf Wiedergutmachung. [...]. Das ist ein anderes Paradox der politischen Korrektheit: Damit deine Stimme im öffentlichen Diskurs Gewicht hat (*pèse*), muss du dich selbst irgendwie als Opfer darstellen. In den angeblich so freien USA ist diese Rhetorik der Selbstviktimsierung längst dabei, sich selbst *ad absurdum* (*ses contraction=* zu führen. [...]. Aber wie verrückt muss eine Welt sein, in der diese Strategie verfängt? Das Grossartige an der Aufklärung bestand ja von Anfang an darin, dass rationale Argumente ihren Wert unabhängig davon haben, wer sie äussert. Es soll gerade nicht die Macht des Stärkeren zählen, nicht die Macht des Professors, nicht die Macht des Ministers, nicht die Macht des Adligen. Was ich in den USA erlebte, war jedoch das pure Gegenteil: eine Rückkehr zur Macht einer autoritären Position. [...] Heutzutage hat das Opfer die Autorität. Es ist für mich okay, wenn mir jemand argumentativ sauber nachweisen kann, dass mein angeblich rationales Argument auf der Position eines alten, weißen, mitteleuropäischen Mannes beruht. Zur Aufklärung gehört auch das ewige Bestreben, die eigenen Vorurteile zu überwinden. Aber aufzustehen, den eigenen Opferstatus zu definieren und mir damit zu bedeuten, dass ich den Mund halten solle, ist etwas qualitativ gänzlich Verschiedenes.

14) **Viele in Europa halten Merkels Flüchtlingspolitik für verrückt.** Doch so einfach ist es nicht. Die Kanzlerin verfolgt eine Strategie. Und die ist hochriskant, Von Matthias Krupa und Bernd Ulrich, 30. Januar 2016 DIE ZEIT Nr. 5/2016

Wer ist nun verrückt – Merkel oder alle anderen? Die vorläufige Antwort darauf lautet: weder – noch. Schließlich hat alles ganz vernünftig angefangen. Aus Merkels Sicht stellte sich die Lage so dar: Der Mittlere Osten ist ein einziges Chaos, es werden dauerhaft viele Menschen gen Europa fliehen. Deutschland ist das stärkste Land in Europa mit dem größten demografischen Problem; von einer Abschottungspolitik würde es den größten Schaden davontragen, ökonomisch, weil Deutschland Exportweltmeister ist, und moralisch, weil man niemandem eine hartherzige Politik gegenüber Flüchtlingen so übel nehmen würde wie den Deutschen. Zudem hat man mit der Integration der türkischen Muslime unterm Strich eher gute Erfahrungen gemacht. Nicht zuletzt hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres gezeigt, dass die Bevölkerung mehrheitlich durchaus bereit war zu helfen. Warum also nicht den Versuch starten, Europa in eine moderne Flüchtlingspolitik zu führen, die größten Lasten selbst zu schultern, um sie dann vernünftig zu verteilen?!

Doch auch die anderen hatten sehr gute Gründe für die gegenteilige Politik, Gründe, die man hierzulande nicht so gerne hört.

Italien zum Beispiel hätte eigentlich ein Verbündeter der Deutschen sein können, denn dort strandeten bis vor Kurzem die meisten Flüchtlinge. Aber in Rom ist die Erinnerung noch frisch, wie brüsk Berlin in der Vergangenheit jede Bitte um Unterstützung abgelehnt hatte. Die Flüchtlinge sind nicht unser Problem, hieß es damals. Kein Wunder, dass die Bereitschaft, Berlin heute zu helfen, in Rom gering ist.

Andere Länder reiben sich an ihrer eigenen Geschichte und den Erfahrungen, die sie mit Zuwanderern gemacht haben. Um Fragen der Identität und um Versäumnisse bei der Integration geht es etwa in Frankreich, wo das republikanische Gleichheitsideal infrage steht, seit aus den Banlieues regelmäßig Notstände gemeldet werden. Hinzu kommen die islamistischen Attentate und die Furcht der Regierung vor einem weiteren Erstarren des Front National.

Auch in den Niederlanden muss man nur einige Jahre zurückgehen, um zu verstehen, warum man dort zögert, wenn es um die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge geht. Mit den Morden an Pim Fortuyn (2002) und Theo van Gogh (2004) endete unwiderruflich das Idyll einer vermeintlich offenen und multikulturellen Gesellschaft. Der Filmemacher van Gogh war von einem islamistischen Fundamentalisten erschossen worden. Seither ringt das Land um sein Selbstbild und begegnet Fremden zunehmend reserviert, Muslimen genauso wie Zuwanderern aus Osteuropa.

15) Kommentar Notstand in Frankreich - Auf dem Weg zum Polizeistaat, taz, 28. 1. 2016

Die Klage französischer Menschenrechtler gegen die Notstandsgesetze (Lois d'urgence) ist gescheitert. Wahrscheinlich war sie sogar kontraproduktiv.

PARIS *taz* | Vielleicht war es naiv von der Französischen Menschenrechtsliga LDH, ausgerechnet vom Conseil d'Etat, dem obersten Verwaltungsgericht des Landes, ein Veto gegen die Notstandsgesetze zu erwarten. Diese Instanz muss ja nur prüfen, ob die Gesetze von den Behörden korrekt angewandt worden sind. Ihre Aufgabe ist es nicht, über die Effizienz einer Politik oder über die Nebenfolgen für die Bürger zu urteilen. Wie also zu erwarten war, hat es das Pariser Gericht am Mittwoch abgelehnt, den Notstand aufzuheben. Letztlich wirkt die Klage der LDH sogar kontraproduktiv. Der Entscheid der Richter, die Beschwerde abzulehnen, stärkt der Regierung den Rücken, wo doch die Staatsführung diese nach den Attentaten vom 13. November verhängten Notstandsgesetze noch verschärfen und in der Verfassung verankern will.

Und ohne dazu eigentlich kompetent zu sein, haben die Verwaltungsrichter in ihrem Entscheid der Regierung gleich auch noch bescheinigt: „Die unmittelbare Bedrohung, welche den Notstand rechtfertigte, ist in Anbetracht der anhaltenden terroristischen Gefahr und den Attentatsrisiken nicht verschwunden.“

Der Conseil d'Etat war also die falsche Adresse. Aber an wen sonst hätten sich die Bürgerrechtler in ihrer Verzweiflung über die Einschränkung der Freiheit im Namen der Terrorbekämpfung noch wenden können? Es bleibt der Appell von Richterverbänden, Gewerkschaften und einer Handvoll Intellektueller, die unter anderem zu einer Kundgebung am Samstag aufrufen... sofern diese nicht unter Berufung auf den Notstand verboten wird! Im Urteil wird auch gesagt, der Präsident selbst könne ja jederzeit den Notstand beenden.

Man möchte den guten Absichten von Hollande ja gern Glauben schenken. Über die unmittelbare Bedrohung durch Terroristen hinaus muss aber bedacht werden, was aus diesem polizeilichen Instrumentarium einer im Grundgesetz festgeschriebenen Sicherheitspolitik werden könnte, wenn es in falsche Hände gerät: Hausdurchsuchungen ohne Richterbefehl bei Tag und bei Nacht, auf Verdacht hin angeordneten Hausarrest mit Polizeikontrolle drei Mal pro Tag, Demonstrations- und Versammlungsverbote à la discrétion des Innenministeriums und ungehinderte Überwachung – welcher Polizeistaat hätte nicht davon geträumt?

16) Schulbücher sollen die Zuwanderung preisen, Die Welt , 13. Januar 2016

Kindern soll kulturelle Vielfalt in Deutschland in Schulbüchern positiver vermittelt werden, fordert die Integrationsbeauftragte Özoguz. Noch fänden sich darin zu viele Klischees und Diskriminierung.

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Wenn jemand hierherkommt, dann als Gastarbeiter, der irgendwann wieder nach Hause geht – oder als verfolgter Asylsuchender. Dieser Vorstellung hat das Land jahrzehntlang angehangen – und dieses Bild prägte über viele Jahre auch deutsche Schulbücher. Das soll sich jetzt ändern. In einer gemeinsamen Erklärung hatten sich Kultusministerkonferenz, Migrationsverbände und Bildungsmedienerverlage im Oktober verpflichtet, "die soziale, kulturelle und ethnische Vielfalt in der Schule als Chance zu sehen und im Rahmen der interkulturellen Öffnung pädagogisch zur Entfaltung zu bringen". Hintergrund ist die Schulbuchstudie "Migration und Integration" des Georg-Eckert-Instituts, die Aydan Özoguz (SPD), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, im vergangenen Jahr vorgestellt hatte. Dort war deutlich geworden, dass Einwanderung in Schulbüchern zu oft nur als Problem dargestellt wird – die Chancen aber nur am Rande thematisiert werden.

Auf einer Tagung mit der Kultusministerkonferenz und Schulbuchverlagen im Kanzleramt wurde nun diskutiert, wie die Unterrichtsmaterialien weiterentwickelt werden können. Özoguz sagte, als Politikerin mit Einwanderungsgeschichte frage sie sich selbst oft, "woher die Bilder kommen, die mir vorgehalten werden". Es sei zumindest nicht ausgeschlossen, dass Einstellungen auch auf Schulbüchern gründeten. "Trotz jahrzehntelanger Einwanderung nach Deutschland wird in einigen Schulbüchern die Vielfalt unseres Landes noch immer nicht als Normalität thematisiert."

Klischees, Diskriminierung und Vermischung von Begriffen wie Ausländer, Migranten und Fremde kämen noch immer vor. "Und das, obwohl mittlerweile ein Drittel aller Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund hat", kritisierte Özoguz. Kinder und Jugendliche hätten ein Recht auf diskriminierungsfreie Schulbücher, die ihre Lebensrealität angemessen darstellten. "Unser Selbstverständnis als Einwanderungsland muss sich auch in den Schulbüchern widerspiegeln."

Diese Entwicklung verlaufe allerdings nicht ohne Kontroversen, sagte Ilas Körner-Wellershaus, Verlagsleiter beim Ernst-Klett-Verlag: "Wir bekommen auch wütende Briefe – sowohl von Muslimen, die ihre Religion falsch dargestellt sehen, als auch von denen, die meinen, wir würden der Islamisierung des Abendlandes Vorschub leisten." Auch solche Kontroversen in der Gesellschaft müssten in Schulbüchern abgebildet werden, forderte Körner-Wellershaus.

Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) machte deutlich, dass sich auch die Zuwanderer bewegen müssen. "In unserer gemeinsamen Erklärung haben wir uns nicht nur auf den respektvollen Umgang der Menschen miteinander verpflichtet, sondern auch auf die im Grundgesetz formulierten Bürger- und Menschenrechte", sagte Löhrmann mit Blick auf die sexuellen Übergriffe in Köln und anderen Städten. "Wer dagegen verstößt, muss mit Konsequenzen rechnen. Auch das ist zu lernen."

17) Fragen zur Migration - Was, wenn alle Grenzen offen wären?

Gelehrte aus einer kleinen Szene setzen sich heute für weltweit offene Grenzen ein. Auch wenn die Chancen für solche Pläne derzeit gering sind, zeigt die Geschichte, dass die Freizügigkeit eine Vielzahl an Vorteilen bringt.

- NZZ am Sonntag, von **Christof Gertsch** 17.1.2016, 10:00 Uhr

Wenn Politiker und Gelehrte wie Karl Braun im Deutschland des 19. Jahrhunderts wie einsame Rufer für eine Sache kämpften, die heute selbstverständlich ist, und wenn sie, wie wir im Rückblick erkennen, zu Unrecht als irre Lügner und gefährliche Illusionisten betrachtet wurden – sind Leute wie Michael Clemens, François Gemenne und Hansjörg Walther, die sich heute sogar für weltweit offene Grenzen einsetzen, dann ihre legitimen geistigen Nachfolger? Oder wird man über sie in der Zukunft sagen, sie seien irre Lügner und gefährliche Illusionisten gewesen?

Der Amerikaner Clemens, ein Ökonom am Center for Global Development mit Forschungsschwerpunkt Migration, sagt: «Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Immigration in der Vergangenheit einen positiven Einfluss auf das allgemeine wirtschaftliche Wachstum von Europa hatte. Ich würde sogar fast so weit gehen und sagen, dass das der Konsens unter Wirtschaftswissenschaftlern ist. Alle ernstzunehmenden Beweise deuten darauf hin, dass die allgemeine wirtschaftliche Aktivität von weniger Grenzen und grösserer Arbeitsmobilität enorm profitiert.»

Der Belgier Gemenne, der in Frankreich über Migration forscht, sagt: «Es gibt im Wesentlichen zwei Gründe, weshalb sich jemand zum Auswandern entschliesst: entweder, um sein Leben zu retten, um nicht als Oppositioneller ins Gefängnis zu kommen, um einer Diktatur oder einem Krieg zu entgehen. Oder um wirtschaftlich aufzusteigen und Familienangehörige zu unterstützen. Beide Faktoren haben nichts mit offenen oder geschlossenen Grenzen zu tun, und eine Mauer oder eine strikte Rückschaffungspolitik der Zielländer haben keine abschreckende Wirkung.»

Und der Deutsche Walther, ein Mathematiker, der heute als Publizist und Blogger tätig ist, sagt: «Offene Grenzen setzen nicht die Abschaffung der Nationalstaaten voraus. Es geht darum, dass Ausländer ebenso im Land arbeiten und wohnen dürfen wie Inländer. Ob sie Anspruch auf Sozialleistungen haben oder ein Anrecht auf Einbürgerung erhalten, ist eine andere Frage, die unabhängig davon beantwortet werden kann. Es geht um das Recht jedes Menschen, sein Leben selbst verbessern zu dürfen. Dagegen mit Zwang vorzugehen, ist meines Erachtens unrecht, vielleicht eine mildere Form, aber grundsätzlich damit vergleichbar, als würde man jemanden in einem Gefängnis einsperren, lebenslang.»

Drei Argumentationslinien

Ökonomen wie Clemens, Migrationsforscher wie Gemenne, Publizisten wie Walther: Das ist das Abbild der Szene, die sich für offene Grenzen einsetzt. Die Szene ist klein, und ihre Vertreter kommen in der Öffentlichkeit kaum zu Wort. Wohl weil sie so ziemlich das Gegenteil dessen behaupten, was unsere Intuition gemeinhin mit Einwanderung in Verbindung bringt. Und so ziemlich das Gegenteil dessen fordern, was im gegenwärtigen politischen Klima mehrheitsfähig ist.

18) Rhetorik : Blind in den Krieg, Zeitonline, Von Andrea Backhaus , 16. November 2015

Dritter Weltkrieg, totaler Krieg: Nach den Attentaten von Paris hat sich die Rhetorik verschärft. Sogar der Papst macht mit. Das vergiftet Europas Gesellschaften.

François Hollande findet in diesen Tagen deutliche Worte. "Frankreich befindet sich im Krieg", sagte der französische Präsident am Montagnachmittag in seiner Rede vor der Nationalversammlung. Es sei kein Krieg der Kulturen, sondern vielmehr ein Krieg gegen den "dschihadistischen Terrorismus". Auf die Rede folgten minutenlangem Applaus und Standing Ovationen.

Auch der deutsche Bundespräsident bedient in diesen Tagen die Kriegsmetapher. In der Gedenkstunde zum Volkstrauertag am Sonntag in Berlin sagte Joachim Gauck: "Wir leben in Zeiten, in denen wir Opfer einer neuen Art von Krieg zu beklagen haben."

Das ist es, was von Hollandes wie auch von Gaucks Rede zurückbleibt, was sich zunehmend festsetzt in den Debatten der deutschen und europäischen Öffentlichkeit: Wir sind im Krieg. Diese Botschaft wird noch mehr zur Realität, je öfter und vehementer sie verbreitet wird. In Frankreichs Medien dominiert die Sprache einer Nation im Krieg, gesteigert von Ansagen wie der des einstigen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der am Tag nach den Attentaten gar zum "totalen Krieg" gegen den Terrorismus aufrief.

Totaler Krieg, Weltkrieg? Das ist die falsche Rhetorik zur falschen Zeit. Sie erzeugt in einer Atmosphäre des Unbehagens (malaise) zusätzliche Angst. [...] Das beständige Wiederholen des Kriegsbegriffs wirkt sich auf das gesellschaftlich Unbewusste aus. Der Krieg wird ein Teil von uns, des Sprechens, aber auch des Denkens, überhaupt unseres Alltags. Er befördert einen mentalen Kampf, der dann äußerst gefährlich wird, wenn er den ohnehin schwelenden (qui couvent) Ressentiments eine Rechtfertigung bietet. Denn ein in den Medien konstruierter Krieg schafft Frontlinien dort, wo keine sein dürften: in der Sphäre des Miteinanders.

19) Umfrage zum Israel-Bild - Viele Deutsche wollen Schlussstrich unter NS-Vergangenheit
27.01.2015 Von Christian Böhme, Der Tagesspiegel

Was halten die Deutschen von Israel? Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung nicht viel. Fast die Hälfte hat eine schlechte Meinung vom jüdischen Staat. Und der Wunsch nach einem Schlussstrich unter das Kapitel NS-Zeit ist groß.

Auch der Antisemitismus mit Bezug zu Israel scheint zu wachsen. Während 2007 rund 30 Prozent der Deutschen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit dem Nationalsozialismus gleichsetzten, waren es zuletzt bereits 35 Prozent.

Das geht aus einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung hervor, die jetzt veröffentlicht wurde. Für die Studie "Deutschland und Israel heute: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?" wurden repräsentative Umfragen aus den Jahren 1991, 2007 und 2013 miteinander verglichen. Um zu prüfen, welche Auswirkungen der Gaza-Krieg im Sommer 2014 auf die Meinung der Deutschen hatte, wurden sieben Fragen im Oktober wiederholt.

Das eher negative Israel-Bild vieler Deutscher steht in einem deutlichen Gegensatz zum positiven Deutschland-Bild jüdischer Israelis. 68 Prozent der Befragten haben ein positives Bild von der heutigen Bundesrepublik, 1991 waren es nur 48 Prozent. Auch die Schlussfolgerungen, die in beiden Ländern aus der NS-Vergangenheit gezogen werden, unterscheiden sich erheblich. Während drei Viertel der Israelis es ablehnen, einen Schlussstrich unter die Judenverfolgung zu ziehen, fordern in Deutschland fast 60 Prozent, genau dies zu tun.

Nach Auffassung von Stephan Vopel, Israel-Experte bei der Bertelsmann-Stiftung, zeigt nicht nur dieses Beispiel, dass trotz aller positiven Entwicklungen in den Beziehungen eine gewisse "Tendenz zur Entfremdung" zu erkennen ist. Dies sei nicht zuletzt der völlig gegensätzlichen Lebens- und Erfahrungswelt geschuldet. Der Pazifismus der Deutschen, verdichtet in der Maxime "Nie wieder Krieg", treffe auf Israels Staatsräson "Nie wieder Opfer".

Vopel wünscht sich daher mehr Wissen über die besonderen Gegebenheiten und Herausforderungen, denen sich der jüdische Staat stellen muss. Denn die Studie macht auch deutlich: Die Diskrepanz zwischen der offiziellen deutschen Politik und den Einstellungen vieler Bundesbürger ist groß.

20) Historiker Michael Wolffsohn im Interview Deutschland und Israel - fremde Freunde

10.05.2015 Von Christian Böhme und Juliane Schäuble, Tagesspiegel

Vor 50 Jahren haben Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Der Historiker Michael Wolffsohn über das Verhältnis beider Länder zueinander und das Wunder des Verzeihens.

Herr Wolffsohn, Sie haben sich mal einen deutschen Patrioten genannt, aber auch in der israelischen Armee gedient. Für welches Land schlägt Ihr Herz denn mehr?

Ich habe mich einen bundesdeutsch-jüdischen Patrioten genannt, als es das vereinigte Deutschland noch nicht gab. Nach Mauerfall und Wiedervereinigung habe ich das gerne geändert, also deutsch-jüdischer Patriot. Beides gehört zu meiner Biografie: das Deutsche, das allgemein Jüdische und eben Israel. Mein Herz schlägt für beide Staaten. Aber ich lebe gerne und freiwillig in Deutschland.

Sind sie stolz, ein Deutscher zu sein?

Auf nicht selbst erbrachte Leistungen kann ich nicht stolz sein. Ich bin aber dankbar, dass ich vom deutschen Kulturkreis geprägt worden bin. Und es ist das Geschenk meines Lebens, dass mich ebenfalls das Jüdisch-Israelische stark beeinflusst hat. Heute bezeichne ich mich lieber als einen kosmopolitischen deutsch-jüdischen Patrioten. Das ist nur scheinbar widersprüchlich. Für mich bedeutet Patriotismus, sich für das eigene Gemeinwesen einsetzen, damit es demokratisch bleibt oder wird.

Was fällt Ihnen auf, wenn hierzulande über Israel geredet wird?

Eine zunehmende Distanziertheit, Aggressivität und Gehässigkeit, die mich beunruhigt und verletzt.

Woran machen Sie das fest?

Seit Anfang der 80er Jahre gehört Israel in den Augen der deutschen Öffentlichkeit zu den drei unbeliebtesten Staaten der Welt, manchmal vor Iran und Nordkorea, manchmal dahinter. Das halte ich für einen normativen Skandal. Es gibt an der israelischen Politik und Gesellschaft vieles, was man kritisieren kann – wie in jedem Land. Aber die Vehemenz der Ablehnung ist grundfalsch, empörend und ungerecht. Israel ist eine funktionierende Demokratie, ein pluralistischer Staat, der zum Beispiel in Sachen Integration von Minderheiten einiges geleistet hat.